# Die Krise für den sozial-ökologischen Umbau nutzen!




Foto: Stephanie Handtmann

## Inhalt



1 EUR 50

Die prompte Rücknahme des arbeitsfreien Gründonnerstags in diesem Jahr war symbolisch: Die deutsche Exportwirtschaft ist unantastbar. Kaum soll die Produktion einen einzigen Tag ruhen, laufen die Wirtschaftsverbände Sturm, und die Bundeskanzlerin entschuldigt sich. Während selbst Kinder seit Monaten zu Hause sitzen, ohne den für ihre Entwicklung so wichtigen Kontakt zu Gleichaltrigen, läuft die Produktion in den Fabriken weiter auf Hochtouren, Maschinenbau und Autoindustrie boomen, und der Dax schießt durch die Decke. Das geht nicht an.

Solange die Corona-Inzidenzen hoch sind, sollte die Produktion nicht benötigter Luxus- und Exportgüter ausgesetzt werden, um das Ansteckungsrisiko in Fabriken und auf dem Arbeitsweg drastisch zu reduzieren. Das wäre auch ein Testlauf für eine sozial-ökologische Wirtschaft, in der nicht mehr Profiterwartung, sondern Sozial- und Naturverträglichkeit oberstes Kriterium sind. Die Klimagerechtigkeitsbewegung mahnt zu Recht, dass es fünf nach zwölf ist und Schluss sein muss mit leeren Versprechungen. Daher darf es keine Rückkehr zur kapitalistischen Normalität nach Corona geben, vielmehr ist die Krise für einen radikalen Bruch zu nutzen. Die momentanen Attac-Aktivitäten zu Verkehr, Wohnen und Gesundheit setzen dort an.

Aktuell bleibt die Frage, wer für die Corona-Krise zahlt. Nachdem die Schuldenbremse nicht mehr zu halten war, muss jetzt nach dem Motto »Wer hat, der gibt« dafür gesorgt werden, dass Vermögende zur Finanzierung der Krisenkosten herangezogen werden. Zu dieser Attac-Kernforderung nach gerechter Umverteilung arbeitet Attac in mehreren Initiativen mit, auch in der Vorbereitung eines Aktionstags am 21. August (siehe auch den Ausblick in der Heftmitte).

Die Corona-Krise verstärkt die ökonomische Ungleichheit. Daher setzen wir uns zur sozialen Absicherung aller Betroffenen für eine unbürokratische Kompensation aller Umsatzeinbußen für Soloselbstständige, Kulturschaffende und kleine Betriebe, für die Aufstockung von Kurzarbeitergeld und für die Anhebung von Hartz IV auf armutsfeste Regelsätze von mindestens 644 Euro ein. Diese Forderungen zielen allesamt darauf, die pandemiebedingt verschärfte Ungleichheit abzufedern.

Auch deshalb kann der Platz von Attac nicht bei regressiven Querdenker-Demos und ähnlichen Veranstaltungen sein, auf denen sich eben nicht zufällig viele Rechte tummeln (siehe auch Seite 2). Die Gesellschaft, für die wir als Teil einer emanzipatorischen Bewegung eintreten, ist solidarisch, sozial und klima- und umweltgerecht!

»Rich People's Movements«

# Wie regressive Bewegungen und Verschwörungsideologien eine Politik für Reiche befördern




Foto: Christian Marchlewitz, CC BY-SA 4.0

Soziale Bewegungen galten bis vor kurzem als emanzipatorisch. Nun rückt die regressive Komponente von Bewegungen wieder in den Fokus, in denen sich Menschen für die Wahrung von Privilegien einsetzen: Im Fahrwasser vieler auf Corona bezogener Standpunkten so genannter Querdenker schwimmen reaktionäre und marktradikale Tiefendiskurse mit. Dabei werden Verschwörungserzählungen zum Mittel der politischen Auseinandersetzung, die einer Aufklärungsbewegung nur schaden können. Prozesse der Erkenntnisgewinnung und begründete Argumente werden durch Mobilisierungsmacht ersetzt.

In der Geschichte finden sich viele Beispiele für regressive Bewegungen und Verschwörungsideologien, mit denen Forderungen nach Beteiligung, Chancengleichheit oder Umverteilung bekämpft wurden. Im Nachklang der französischen Revolution entstanden Verschwörungsideologien, die sich gegen Freimaurer, Sozialist*innen und Kommunist*innen richteten. Marx und Lassalle wurde zum Beispiel ein jüdischer Hintergrund unterstellt – im Sinne einer Doppelverschwörung würden sie sowohl die Strippen im Kapitalismus wie im Sozialismus ziehen.

»Rich People's Movements«, Grassroots-Bewegungen für Steuersenkungen für Reiche, gab es kontinuierlich seit den 1920er Jahren in den USA, wobei sich die Techniken der Bewegungsplanung zunehmend professionalisiert haben. Während Bewegungen früher erfolgreich waren, wenn sie Gelegenheitsfenster nutzten, hat die Tea Party maßgeblich die Politik bestimmt, indem sie zunehmend mehr Mandate in der republikanischen Partei übernommen und die Partei unterwandert hat. Dabei startete die heutige Tea-Party-Bewegung erst 2009 als inszenierte Graswurzelbewegung. Aufgesetzt wurde sie von libertären Think Tanks, einzelnen Republikaner*innen und Journalist*innen sowie Organisationen der Koch-Brüder, die Unternehmen in der Öl-, Kohle-, Holz- und Chemieindustrie besitzen. Die Tea Party bündelt ältere, überwiegend weiße Mittelschichtsangehörige, evangelikale Christen, Gegner*innen von Umweltschutzmaßnahmen und Nationalist*innen. Zentrale verbindende Ideologien der Bewegung sind Antikommunismus und eine Zurückdrängung des Staats. Eine angeblich produzierende Klasse lehnt sich nach dieser Ideologie gegen »unproduktive Eliten« und »faule Unterschichten« auf. Unter Eliten fallen dabei zum Beispiel Personen mit kollektivistischen Anschauungen, »Bankster«, die US-Zentralbank FED oder Gewerkschaften.

Der Nährboden dieser Ideologien wurde schon früher gelegt. Eine wichtige Referenz der halbintellektuellen Neuen Rechten, ob in der Tea Party oder bei »Querdenken«, sind der Ökonom Friedrich Hayek und seine Ideen aus dem 1944 erschienenen Buch »Weg in die Knechtschaft«. Während der Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi dargelegt hat, dass der Nationalsozialismus aus unregulierten Marktkräften und daraus resultierenden sozialen Zerwürfnisse entstand, machte Hayek den Staat und seine Planung verantwortlich. Dieser habe dem Einzelnen zu wenig Freiheit gelassen, ihn einer Ordnung unterworfen und entmündigt. Weitere Ideologien der Alt-Right stammen aus dem rechtslibertären Spektrum. Hier war Ayn Rand prägend, die einen »rationalen Egoismus«, Laisser-faire-Politik und Kapitalismus als natürliche Wirtschaftsform propagierte und die Rolle des Staats auf Gefahrenabwehr beschränken wollte. Weitere Strömungen treten für Monarchie oder Anarchokapitalismus ein.

Im Kontext der Corona-Proteste tauchen nun viele dieser ideologischen Versatzstücke wieder auf – inklusive absurder Marxismus-Verdächtigungen: Die Corona-Krise, so eine beliebte Verschwörungserzählung, sei ein »Great Reset«, ein Neustart, bei dem Prinz Charles und globale Eliten ein marxistisch-totalitäres Regime einführen wollten. Wenngleich es berechtigte Kritik am Corona-Krisenmanagement gibt, entfaltet sich in vielen Corona-Protesten ein irrationales und ideologisches Element gegen kollektives politisches Handeln, das die Bewegung regressiv macht.

Haben soziale Bewegungen also einen falschen Fokus, wenn sie rechtslastige Querdenker-Demonstrationen kritisieren? Sollten sie sich nicht mit neoliberalen Politiken befassen, die eine effektive Bekämpfung der Pandemie verhindern und unterschiedliche Maßstäbe an Wirtschaft und Privatleben anlegen? Richtig wäre, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Denn Personen, die Verschwörungsideologien anhängen, haben Ängste und sind leichter steuerbar. Es unterbleibt die Auseinandersetzung und Kritik der realen Politik, die als neoliberale den Nährboden für Krisen schafft, die wiederum die Hinwendung zu Verschwörungsideologien befördern. Tiefenerzählungen der Rechten konterkarieren also progressive Politiken, die Krisen abmildern würden: Investitionen unterbleiben, der Green Deal wird Makulatur, Sparpolitik droht. Derweil beschäftigen sich Friedrich Merz & Co mit Gendersternchen: Im Zweifelsfall sind urbane Lifestylelinke schuld.

**Silke Ötsch** ist Soziologin und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

### Nach dem Ja der SPD zur Eurodrohne

# Kann das Rüstungsprojekt FCAS noch gestoppt werden?



Illustration: Michael Ebeling, CC-BY-SA

Viele in der SPD waren am 14. April unglücklich, dass ihre Partei drei Jahre zuvor im Koalitionsvertrag zugesagt hatte, »im Rahmen der Europäischen Verteidigungsunion die Entwicklung der Euro-Drohne [sic] weiter[zu]führen«. Die Eurodrohne, die durch Airbus in Manching in Bayern produziert werden soll, ist ein EU-Projekt, dem neben Deutschland auch Frankreich, Italien und Spanien angehören. Die Exekutiven dieser Länder konzipierten die Eurodrohne von vornherein als bewaffnungsfähig.

In der SPD gab und gibt es Widerstand gegen die Bewaffnung. Jedoch hätte eine Ablehnung der Eurodrohne durch die SPD am 14. April einen Koalitionsbruch bedeutet. Mit der Freigabe der ersten 49 Millionen Euro in diesem Haushaltsjahr ist die Deutschland nun vertraglich verpflichtet, 21 teure, bewaffnungsfähige Eurodrohnen mit einer deutschen Beteiligung von rund vier Milliarden Euro zu kaufen, die etwa in 2029 geliefert werden. Und der Generalunternehmer Airbus hat grünes Licht erhalten, bewaffnungsfähige und bewaffnete Eurodrohnen in der ganzen Welt zu vermarkten.

Mitte März 2014 hatte die SPD eine Projektgruppe gegründet, zu der auch prominente SPD-Kampfdrohnen-Kritiker*innen gehören, um bis Ende 2021 über ethische und rechtliche Fragen zu bewaffneten Drohnen zu befinden. Und noch am 23. März hatte das Finanzministerium des SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz öffentlich deutlich gewarnt, dass das Vertragsangebot von Airbus unfair sei, was zu einer Kostenexplosion führen könne. Die Zusage der SPD im Haushaltsausschuss kam deswegen mit zwei strengen Maßgaben: Zum einen will die SPD Kostenkontrollen und Ausstiegsmöglichkeiten gesichert sehen, zum anderen sollen der Kauf von Munition für deutsche Eurodrohnen sowie das Training von Bundeswehrsoldat*innen mit bewaffneten Drohnen verhindert werden.

Nun wurde bekannt, dass das Verteidigungsministerium schon am 23. Juni dem Verteidigungs- und dem Haushaltsausschuss einen Finanzierungsantrag in Höhe von 400 bis 500 Millionen Euro für das deutsch-französisch-spanische FCAS-Projekt zur Abstimmung präsentieren wird. FCAS, das Future Combat Air System, ist das bislang größte europäische Rüstungsprojekt: ein neuartiges Kampfflugzeug, das durch künstliche Intelligenz mit anderen bemannten oder unbemannten Kampfflugzeugen verbunden wird, mit Nuklearwaffen bestückt werden kann, und von bewaffneten Eurodrohnen und tödlichen autonomen Drohnen-Schwärmen begleitet wird. FCAS soll erst im Jahr 2040 einsatzbereit sein, um auch nachfolgende Generationen weltweit durch autonome Kriegsführung zu bedrohen – und das atomwaffenfähig.

FCAS kann und muss gestoppt werden! Bei der Abstimmung am 23. Juni wird es wieder hauptsächlich auf die SPD ankommen. Über FCAS gibt es keine Koalitionsvereinbarung und somit keinen wichtigen Grund, warum die SPD gerade in diesem Pandemie- und Wahlkampfjahr dem FCAS zustimmen sollte. Wegen der immensen Entwicklungskosten für FCAS – voraussichtlich insgesamt 100 Milliarden Euro – wäre der Bundeshaushalt bei einer Bewilligung eventuell über Jahrzehnte (!) schwer belastet. Und wieder wäre Airbus in Deutschland der Hauptnutznießer: Vor allem durch den weltweiten Export von FCAS wird ein Umsatz von 500 Milliarden Euro erwartet.

Die Rechtfertigungen für ein Ja zu FCAS kreisen um Themen wie Arbeitsplätze (bei Airbus), wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit sowie deutsche und europäische Unabhängigkeit. Statt Airbus zu finanzieren, sollten öffentliche Mittel zivile Arbeitsplätze schaffen, um den Herausforderungen unserer Zeit – wie Pandemie, Klimawandel, Armut und Krieg – besser gewachsen zu sein. So könnte Deutschland eine eigenständige Außenpolitik verfolgen.

Noch kann das FCAS gestoppt werden – doch leider ist das Thema bisher weder einer breiten Öffentlichkeit noch den Bundestagsabgeordneten mit Ausnahme der Verteidigungs- und Haushaltspolitiker*innen gut bekannt. Deshalb empfiehlt die Drohnen-Kampagne allen, die gegen FCAS aktiv werden wollen, die FCAS-Gefahr so breit wie möglich bekannt zu machen. Zudem ist es jetzt wichtig, zeitnah den Kontakt zu SPD-Politiker*innen vor allem des eigenen Wahlkreises zu suchen, damit sie ihren Widerspruch zu dem Projekt in die SPD-Bundestagsfraktion tragen können.

**Elsa Rassbach** ist in der Attac-AG Globalisierung und Krieg aktiv und vertritt Attac Deutschland in der Drohnen-Kampagne.

Material und mehr Infos gibt es unter:
drohnen-kampagne.de

Für Menschenrechte, Umwelt- und Sozialstandards

# Ceta stoppen – Demokratieabbau verhindern!




Foto: Stephanie Handtmann

Die geplanten Handelsabkommen Ceta, TTIP und Tisa brachten 2015 und 2016 in Deutschland Hunderttausende auf die Straßen. TTIP wurde zurückgezogen, Tisa vorläufig auf Eis gelegt. Nicht so Ceta. 2017 wurde es vom EU-Ministerrat in großen Teilen vorläufig in Kraft gesetzt. Dabei birgt gerade dieses neoliberale »Handelsabkommen neuen Typs«, so seine Befürworter*innen, enorme Gefahren für Mensch, Natur und Klima. Sollte demnächst das Bundesverfassungsgericht Ceta als unvereinbar mit den Grundsätzen der Verfassung erklären, wäre das sein Ende. Die Bundesregierung würde kein Zustimmungsgesetz mehr in die Legislativorgane einbringen, das wäre sonst Verfassungsbruch. Die meisten lokalen und regionalen Bündnisse gegen Ceta und Co halten es jedoch für wahrscheinlich, dass Karlsruhe das »umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen« ungeachtet aller Kritik, auch der des Deutschen Richterbundes, absegnen wird. Damit würde Ceta dem völkerrechtlichen Status ein großes Stück näherrücken, zumal es, Stand April, bereits 15 von 27 EU-Staaten ratifiziert haben. Unzweifelhaft würde das Abkommen eine tragende Säule der parlamentarischen Demokratie zerstören und, wie die auf die Bedienung von Konzerninteressen ausgerichtete, wachstumsfixierte EU-Handelspolitik insgesamt, dem Erreichen der Klimaziele von Paris zuwiderlaufen. Vier Kritikpunkte an Ceta seien daher noch einmal besonders herausgestellt:

1. Das Ausschusssystem: Im gesamten Gültigkeitsbereich (Kanada und 27 Mitgliedstaaten mit rund 580 Millionen Verbraucher*innen) des Abkommens würden die Parlamente faktisch entmachtet. Möglich würde dies mittels eines machtvollen Ausschusssystems, das an die Stelle wirksamer parlamentarischer Kontrolle träte. Dessen Beschlüsse wären auf die Beseitigung weiterer »Handelshemmnisse«, wie zum Beispiel Umweltstandards ausgerichtet und erhielten völkerrechtliche Verbindlichkeit.

2. Das Investitionsgerichtssystem (ICS): Das allseits kritisierte Schiedsgerichtssystem würde mithilfe einiger substanzloser Reformen fortgeführt. Das einseitige Privileg für Investoren, Vertragsstaaten auf hohen Schadenersatz verklagen zu können, wenn diese durch Regulierungen die Gewinnerwartungen beeinträchtigen, bliebe bestehen.

3. Der Handel mit fossilen Energieträgern: Ceta enthält keine Verpflichtung auf Umsetzung der Pariser Klimaziele. Der Ausstieg aus der Förderung fossiler Energieträger wie Öl und Gas würde durch die vertragliche Kündigungsfrist von 20 Jahren weit hinausgezögert, der Klimawandel mithin beschleunigt. Mit Ceta steht schon jetzt der vermehrte EU-Import kanadischen Teersandöls und Flüssiggases ins Haus, beides besonders klimaschädliche Energieträger.

4. Das öffentliche Beschaffungswesen, Arbeitsschutz und Menschenrechte: Die Marktöffnung bei Dienstleistungen betrifft auch das öffentliche Beschaffungswesen. Aufträge wären nach dem Grundsatz des niedrigsten Preises in allen Vertragsstaaten schon bei niedrigen Schwellenwerten zu vergeben. Vergabekriterien zugunsten regionaler Anbieter sind untersagt, die Zulässigkeit ökologischer Vergabekriterien unklar geregelt und damit von Unternehmerseite angreifbar. Unter anderem wird die Auftragsvergabe nicht an die Einhaltung von Tarifverträgen oder die Schaffung von Arbeitsplätzen gebunden. Eine Klausel, die die Achtung der Menschenrechte zum wesentlichen Bestandteil macht, fehlt.

Der Schlüssel zum Erfolg der Demokratie- und Klimabewegung in Deutschland sind die gewählten Abgeordneten und Minister*innen der Grünen und Linken in den Bundesländern, in denen sie regieren. Die Große Koalition wie auch die FDP werden dem Ceta-Gesetz im Bundestag sicher zustimmen. Grüne und Linke könnten hingegen mit ihren Stimmen in der Länderkammer das Gesetz zu Fall bringen. Hierauf sollte die außerparlamentarische Opposition ihre Aktionsstrategie konzentrieren. Wird Ceta gestoppt, könnte auch der EU-MERCOSUR-Deal endgültig scheitern – ein Erfolg für Menschenrechte, Umwelt- und Sozialstandards!

**Hans-Jürgen Kleine** ist aktiv in der Attac-AG Europa

Mehr Infos:
gerechter-welthandel.org

### Die Kosten der »Corona-Krise«

# Wer zahlt?




Foto: Jakob Huber

Mensch reibt sich die Augen: Lautlos wird eine Rekord-Neuverschuldung von 240 Milliarden Euro beschlossen. Auch andere EU-Staaten scheinen wenig Finanzsorgen zu kennen, wie Italiens 220-Milliarden-Aufbauplan zeigt. Möglich macht das die Aussetzung der Schuldenregeln des »Stabilitäts- und Wachstumspakts« seit März 2020. Die Europäische Zentralbank stellt durch ihre Anleihekäufe sicher, dass trotz hoher Nettokreditaufnahme das Zinsniveau nicht steigt. Als drittes Element wurde der EU-Wiederaufbaufonds von 750 Milliarden Euro beschlossen. Zwar deutlich zu wenig für gemeinsame Aufgaben, etwa den länderübergreifenden ökologischen Umbau der Infrastruktur oder die Sicherung sozialer Mindeststandards – aber für die notorisch uneinige Europäische Union dennoch ein riesiger Schritt: Zum ersten Mal werden in größerem Maß gemeinsame Anleihen (Eurobonds) ausgegeben. Um sie bedienen zu können, wird an eigenen Steuereinnahmen der EU kein Weg vorbeiführen. Keine Geldsorgen mehr also?

Nur auf den ersten Blick. Die Aussetzung der Schuldenbremse ist Krisenzeiten vorbehalten. Sie bleibt stets temporär, da eine dauerhaft hohe Neuverschuldung von Einzelstaaten die Stabilität der Eurozone gefährdet. Im September finden Bundestagswahlen statt, im Frühjahr 2022 wählt Frankreich. Bis dahin wird es ums Geldausgeben zur Belebung der Wirtschaft gehen. Was danach geschieht, ist offen: Ohne Stärkung der Steuereinnahmen droht eine Welle brutaler Austeritätspolitik mit Privatisierungen und Sozialabbau. Das ist keineswegs alternativlos, wie von konservativer Seite gerne behauptet wird – denn eigentlich ist genug Geld da. Doch wer entscheidet, wie die gesellschaftliche Produktivkraft eingesetzt wird?

Ob »grüne« Investitionen, Stärkung von Daseinsvorsorge und Sozialstaat oder Klima-Anpassung: Die großen Zukunftsaufgaben kosten Geld. Das betrifft nicht zuletzt die Kommunen, die beim sozial-ökologischen Umbau eine wichtige Rolle spielen und dafür eine stabile eigene Steuerbasis benötigen. Ein zentrales Projekt der nächsten Regierung muss eine umfassende Steuerreform sein, die nicht nur die Finanzierung des Gemeinwesens sicherstellt, sondern auch für mehr Steuergerechtigkeit sorgt.

Denn während Normalverdienende und Kleinunternehmer*innen zu Recht über hohe Abgaben klagen, wurden die offiziellen Steuersätze für Vermögende und Konzerne gesenkt. In der Realität helfen ihnen außerdem Banken und gut bezahlte Anwält*innen, die Steuerschuld zu drücken, indem sie Gewinne in Steueroasen verlagern oder offen kriminell Steuern hinterziehen (Cum-Ex). Genaue Zahlen gibt es nicht; Schätzungen sprechen für Deutschland von 50 bis über 100 Milliarden Euro, die der Allgemeinheit jedes Jahr entgehen. Würden diese Schlupflöcher geschlossen, bräuchte es keine Steuererhöhungen – sie könnten sogar sinken!

Innerhalb des Steueraufkommens muss jedoch spürbar umverteilt werden: Arbeitseinkommen und Kleinbetriebe müssen entlastet, Spitzenverdiener*innen, die Gewinne großer Konzerne sowie Naturverbrauch dagegen höher besteuert werden. Mit welchen Steuerarten das erreicht wird, ist sekundär. Zur akuten (Re-)Finanzierung der Krisenkosten sollte einmalig eine Abgabe auf sehr große Vermögen – die trotz Pandemie stark wachsen – erhoben werden sowie eine Sondersteuer für Branchen wie Onlinehandel, die vom Shutdown profitiert haben.

Das kann nur in internationaler Kooperation wirksam funktionieren. Der Vorstoß der US-Regierung für Mindeststeuern auf Konzerngewinne ist ein ermutigendes Zeichen. Auch in der EU muss in Steuerfragen endlich »miteinander statt gegeneinander« gelten. Nötig sind sowohl gemeinsame Steuern auf Bereiche, die naturgemäß transnational sind, wie Finanztransaktionen, $CO_2$- und Nitratausstoß, Flugreisen oder Schiffsverkehr, als auch eine enge Abstimmung der einzelstaatlichen Steuersysteme. Der Kampf gegen Steuervermeidung darf nicht länger am Einstimmigkeitsprinzip scheitern!

2009 war Attac auf der Straße unter dem Motto »Wir zahlen nicht für eure Krise!«. Wir forderten, dass die Verursacher der Krise die Kosten tragen. Es kam anders: Durch den Banken-Bailout stiegen die Staatsschulden, und flugs wurde die Bankenkrise zur »Staatsschuldenkrise« umgedeutet. Die gerade erst von den Staaten »geretteten« Finanzmärkte spekulierten nun gegen diese. Statt die Profiteure der Boomjahre zu besteuern, wurden öffentliche Ausgaben drastisch gekürzt, was Arme am härtesten traf. Im Juli 2012 hieß es dann von EZB-Chef Mario Draghi: »Whatever it takes«. Seitdem können Staaten und Großkonzerne quasi zinslose Anleihen ausgeben. Wer auf Sparbuch oder Lebensversicherung setzt, freut sich weniger über Nullzinsen – und darf zusehen, wie die Vermögen der Reichsten munter wachsen und Dividenden, Mieteinnahmen, Managergehälter und Boni sprudeln.

Schafft es die Politik, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und diesmal die wirklich Reichen und die Krisenprofiteur*innen zur Kasse zu bitten? Ohne öffentlichen Druck ist das sehr unsicher, also sollten wir gemeinsam dafür sorgen!

**Urs Kleinert** ist aktiv in der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern.

Attac engagiert sich zum Thema »Wer zahlt?« unter anderem hier:
reichtum-umverteilen.de
der-paritaetische.de/coronahilfe
werhatdergibt.org
netzwerk-steuergerechtigkeit.de




Gesundheitsreform für bessere Pflege, Foto: Silvia Habekost




Housing Action Day!, Foto: Attac Köln

# Rückblick

23. bis 31. Januar 2021
**Weltsozialforum: Eine andere Welt ist möglich, notwendig und dringlich**
An die 6.000 Teilnehmer*innen aus 117 Ländern treffen sich zum 15. Weltsozialforum, das erstmalig virtuell abgehalten wird. Das Motto: »Eine andere Welt ist möglich, notwendig und dringlich«. Das Europäische Attac-Netzwerk ist dabei.

28. Januar 20121
**Gemeinnützigkeit: BFH hält an umstrittenem Urteil fest**
Der Bundesfinanzhof (BFH) weist die Revision von Attac zurück. Damit ist der Rechtsweg ausgeschöpft. Attac kann Verfassungsbeschwerde gegen den Entzug der Gemeinnützigkeit einreichen.

4. Februar 2021
**Amazons Corona-Bilanz: Zeit für eine Übergewinnsteuer**
Um die Corona-Kosten fairer zu verteilen, fordert das Netzwerk für Steuergerechtigkeit, in dem Attac mitarbeitet, eine Übergewinnsteuer für Krisengewinner. Anlass sind die riesigen Extragewinne, die Amazon macht.

11. Februar 2021
**200.000 fordern Gesundheitsreform für bessere Pflege**
In nicht einmal vier Wochen unterschreiben mehr als 200.000 Menschen die von Attac unterstützte Bundestagspetition »Gesundheitsreform für eine bessere Pflege zum Schutz der Pflegebedürftigen«.

13. Februar 2021
**Bündnis-Appell »Soforthilfen jetzt!«**
Attac unterstützt den Appell »Corona trifft Arme extra hart – Soforthilfen jetzt!«. Der Appell wird innerhalb von drei Tagen von mehr als 120.000 Bürger*innen unterschrieben.

16. Februar 2021
**Organisationen aus dem Globalen Süden fordern Patentfreigabe**
Mehr als 200 Organisationen aus dem Globalen Süden appellieren in einem offenen Brief an Angela Merkel und die EU, die Öffnung der Impfstoff-Patente gegen Covid-Impfstoffe nicht länger zu blockieren.

25. Februar 2021
**»Attac gegen rechts« startet Online-Veranstaltungsreihe**
Mit einem Vortrag von Katharina Nocun zu Verschwörungsmythen beginnt eine Veranstaltungsreihe der neu gegründeten Attac-Arbeitgruppe gegen rechts.

24. Februar 2021
**Petition: Energiecharta-Vertrag stoppen!**
Attac unterstützt die EU-weite Petition »Energiecharta-Vertrag stoppen – Energiewende retten!«.

27. Februar 2021
**Attac reicht Verfassungsbeschwerde ein**
Attac reicht Verfassungsbeschwerde ein. Der Trägerverein des Netzwerks sieht sich durch den Entzug der Gemeinnützigkeit in seinen Grundrechten verletzt.

6. März 2021
**Kämpfe und Erfolge von Frauen* in einer globalisierten Welt**
Welche emanzipatorischen Kämpfe haben Frauen erfolgreich gefochten? Und was können andere Frauen davon lernen? Um diese Fragen geht es bei einer Online-Podiumsdiskussion, zu der das Frauen*plenum in Attac einlädt.

12. und 13. März 2021
**Tagung über Politische Ökonomie der politischen Bildung**
Kapitalismuskritik muss Teil einer vielfältigen politisch-ökonomischen Bildung sein. Darin sind sich die Teilnehmer*innen der Online-Tagung »Dirty Capitalism – Politische Ökonomie (in) der politischen Bildung« einig, die von Attac mitausgerichtet wird.

20. März 2021
**Aktionswochenende #WorldAgainstRacism**
Am 55. Internationalen Tag gegen Rassismus setzen sich Bürger*innen rund um den Globus für eine Welt ohne Rassismus ein. Attac Deutschland schließt sich den Mobilisierungen für eine #WorldAgainstRacism an.

23. März 2021
**NGO-Appell für Finanztransaktionsteuer**
Gemeinsam appellieren der DGB, Oxfam, Brot für die Welt, die Jesuitenmission, Social Justice in Global Development und Attac Deutschland an Bundesfinanzminister Olaf Scholz, eine umfassende Finanztransaktionsteuer zu unterstützen. Anlass ist das Treffen der europäischen Finanzminister.

27. März 2021
**Mietenwahnsinn? Housing Action Day!**
Attac-Aktivist*innen beteiligen sich am Housing Action Day. Bei einer Aktion in Köln kritisieren sie die überhöhten Dividenden des Wohnungskonzerns Vonovia, die durch enorme Mietsteigerungen finanziert werden und fordern, die Vonovia zu vergesellschaften.

31. März 2021
**Protest: Daimler belohnt Anteilseigner und schröpft Beschäftigte**
Trotz Klimakrise und Corona-Pandemie setzt Daimler weiter auf Shareholder Value und großvolumige Luxus-Karossen. Attac-Aktive protestieren bei Daimler in Stuttgart und Berlin.

7. April 2021
**Weltgesundheitstag: Keine Profite mit der Gesundheit!**
Attac-Gruppen demonstrieren am Weltgesundheitstag in vielen Städten gegen Fallpauschalen und Impfstoffpatente. Auf internationaler Ebene unterstützt Attac die Europäische Bürgerinitiative »No Profit on Pandemic«.



Keine Profite mit der Gesundheit!, Foto: attac.de



Rote Linie im rheinischen Braunkohlerevier, Foto: attac.de

6. April 2021
**Attac fordert Lockdown für Konzerne!**
Attac fordert, Großunternehmen stärker in die Bekämpfung der Corona-Pandemie einzubeziehen und die Produktion nicht benötigter Güter stillzulegen – auch in der Exportindustrie.

14. April 2021
**Nein zur Eurodrohne**
Der Verteidigungs- und der Haushaltsausschuss im Bundestag stimmen über die deutsche Beteiligung an der bewaffnungsfähigen Eurodrohne ab. Attac fordert die Abgeordneten auf, das Projekt abzulehnen.

22. April 2021
**128 Organisationen kritisieren Entwurf für Lieferkettengesetz**
Bei einer Protestaktion vor dem Bundestag fordern Aktivist*innen Nachbesserungen am Lieferkettengesetz. Die »Initiative Lieferkettengesetz«, der Attac angehört, hält den Gesetzentwurf für zu schwach, um Betroffene vor Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen durch deutsche Unternehmen und ihre Zulieferer zu schützen.

28. April 2021
**Wer hat, der gibt! Reiche müssen für Corona-Kosten zahlen**
In einem offenen Brief an die Bundesregierung, den auch Attac unterzeichnet, sprechen sich mehr als 100 Organisationen und Intellektuelle für eine gerechte Verteilung der Corona-Kosten und eine stärkere Besteuerung von Reichtum aus.

29. April 2021
**EU-Mexiko-Abkommen: Kein Schutz für Mensch und Natur**
Das EU-Mexiko-Handelsabkommen enthält weiterhin keine ausreichenden Schutzmechanismen für Klima und Umwelt, Arbeitnehmer*innen und Menschenrechte. Das zeigt die Broschüre »EU-Mexiko – alle Macht den…? Investoren!«. Attac gehört zu den Mitherausgebern.

4. Mai 2021
**Amazon Europa: Rekordumsatz und kein Cent Steuern**
Amazon Europa hat 2020 trotz eines neuen Rekordumsatzes keinen Cent Steuern bezahlt. Attac fordert die rasche Einigung auf einen globalen Mindeststeuersatz von 25 Prozent. Mittelfristig ist eine Gesamtkonzernsteuer die effektivste Lösung.

6. Mai 2021
**Nach US-Entscheidung: Deutschland muss Impfstoff-Patente freigeben**
Nach der Ankündigung der USA, das Aussetzen des Patentschutzes auf Corona-Impfstoffe zu unterstützen, verlangt Attac von der Bundesregierung, die Blockadehaltung aufzugeben. Die ablehnende Antwort der Bundeskanzlerin kommt prompt.

9. Mai 2021
**Rote Linie im rheinischen Braunkohlerevier**
Etwa 800 Menschen ziehen im rheinischen Braunkohlerevier beim Tagebau Hambach eine rote Linie gegen Kohleabbau, RWE und die Vertreibung der letzten Bewohner*innen von sechs Dörfern. Initiiert hat die Aktion das Bündnis »Alle Dörfer bleiben«. Mit dabei sind viele Attac-Aktive.

# Ausblick

5. Juni 2021
**Kurzfilm: »Anekdote vom Guten Leben«**
Leben wir, um zu arbeiten – oder arbeiten wir, um zu leben? Liegt das Glück am Ende viel näher als gedacht? Diesen Fragen geht der Kurzfilm nach, den Attac Köln erstellt hat. Online-Premiere ist am 5. Juni ab 18 Uhr: youtube.com/user/AttacD

5. und 6. Juni 2021
**Dezentrale Aktionstage für die Mobilitätswende**
Attac ruft dazu auf, sich an den dezentralen Aktionstagen unter dem Motto »Klimagerechte #FairkehrswendeJetzt! Autobahnbau stoppen!« zu beteiligen. Vielfältige Corona-konforme Aktionsformen sind willkommen.

21. August 2021
**Aktionstag für Umverteilung**
Mit dem Bündnis »Wer hat der gibt« kommt frischer Wind in die Debatte über Umverteilung und gerechte Steuern. Attac mobilisiert zu dem dezentralen Aktionstag. Für Kontakt zu lokalen Bündnissen reicht eine Mail an: krisenkosten@attac.de

21. bis 25. Juli 2021
**Attac-Sommerakademie: Visionen einer anderen Globalisierung**
Bei der Sommerakademie will sich Attac den vielen Facetten zuwenden, die ein gutes, menschengerechtes Leben ausmachen. Die Sommerakademie wird voraussichtlich als online-Format stattfinden, ergänzt durch hybride Veranstaltungen.

24. Juni 2021
**Online-Diskussion: Ökologie von rechts?**
Yannick Passeick von FARN spricht über »Ökologie von rechts«. Der Vortrag ist Teil der Online-Veranstaltungsreihe der Attac-Arbeitsgruppe gegen rechts. Anmeldung per E-Mail an: anmeldung-gegen-rechts@attac.de

9. und 10. September
**IAA in München: Aktivist*innen planen Gegenkongress**
100 Prozent konzernfrei: Unter diesem Motto plant Attac mit anderen Akteuren der Mobilitätswendebewegung den »Kongress für transformative Mobilität – KonTra IAA« in München. Das Treffen versteht sich als Teil der Gegenaktivitäten zur IAA in München, zu denen auch eine Demo und Aktionen zivilen Ungehorsams zählen.

Termine unter: attac.de/veranstaltungen

Karlsruhe kippt den Berliner Mietendeckel

# Der Mietenwahnsinn geht weiter

Ein Schockurteil für Millionen Mieter*innen: Am 15. April 2021 erklärte der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts den Berliner Mietendeckel rückwirkend für »nichtig«. Damit kippte das Gericht die bisher einzige wirksame Maßnahme gegen die exorbitanten Mietsteigerungen in deutschen Ballungsräumen. Hintergrund war eine Organklage der Bundestagsfraktionen von CDU und FDP. Weitere Verfassungsbeschwerden, wie die von privaten Vermieter*innen und vier Berliner Wohnungsgenossenschaften, wurden mit dem Urteil hinfällig.

Der im Februar 2020 vom rot-rot-grünen Berliner Senat in Kraft gesetzte Mietendeckel umfasste drei Elemente. Es wurden erstens rückwirkend zum Stichtag 18. Juni 2019 die Bestandsmieten für fünf Jahre eingefroren, zweitens Mietobergrenzen festgesetzt und drittens überhöhte Mieten ab November 2020 abgesenkt. Ausgeklammert blieben preisgebundene und Sozialwohnungen sowie Neubauten, die ab Januar 2014 bezugsfertig geworden waren.

Das Karlsruher Urteil löste bei zahlreichen Expert*innen Kopfschütteln aus. Die Jurist*innen Selma Gather und Florian Rödl etwa betrachten es »als verfassungsrechtlich nicht vertretbar«. Obwohl das Wohnungswesen mit der Föderalismusreform 2006 in die Kompetenz der Länder überging, dürften die Länder keine öffentlich-rechtlichen Mietpreisregeln für frei finanzierte Wohnungen erlassen, so das Verfassungsgericht. Die Richter*innen haben also einfach Preisgrenzen aus dem Bereich des Wohnungswesens herausgeschnitten. Das aber halten Gather und Rödl für falsch: »Der Gehalt von Kompetenztiteln kann nur durch förmliche Verfassungsänderung geändert werden.« Eine Verfassungsänderung, die das Wohnungswesen um Preisgrenzen kürzt, hat es aber nie gegeben.

Doch das Urteil ist noch aus einem anderen Grund hochproblematisch. Die rückwirkende Nichtigkeit des Mietendeckels bedeutet nämlich, dass bis zu 500.000 Haushalten nicht nur Mieterhöhungen, sondern teils sehr hohe Nachzahlungen drohen. So wurde nach einer Schätzung des Berliner Senats allein bei 340.000 Haushalten die Miete aufgrund des Deckels abgesenkt, teils um mehrere Hundert Euro. 40.000 Haushalte könnten durch die Rückforderungen in Zahlungsschwierigkeiten geraten – mitten in der Coronakrise. Der Senat legte für die Betroffenen zwar einen Notfallfonds auf, der aber grundsätzlich nur zinslose Darlehen gewährt.




Foto: Attac Köln

Dabei wäre ein solch unbarmherziges Urteil überhaupt nicht nötig gewesen, wie Gather und Rödl betonen. Zwar sei die rückwirkende Nichtigkeit der Regelfall bei verfassungswidrigen Gesetzen. Dennoch habe das Verfassungsgericht in der Vergangenheit auf eine Rückwirkung in vielen Fällen verzichtet, bei denen weit geringere potenzielle Folgeschäden zu erwarten waren. Das aber heißt auch: Das Urteil hat einen unübersehbaren Klassencharakter. Die für viele Betroffene katastrophalen Folgen schlagartiger Mieterhöhungen mitsamt hoher Rückforderungen waren den Richter*innen schlicht egal – Rücksichtslosigkeit in roten Roben.

Die Mieter*innenbewegung aber gibt nicht auf. Noch am Tag des Urteils gingen 20.000 Menschen lautstark auf die Straße – mit Abstand und Maske. Ihre Forderung: Jetzt, wo das Berliner Gesetz gekippt wurde, muss eben ein bundesweiter Mietendeckel her. Tatsächlich ist dieser noch immer möglich. Denn die Karlsruher Richter*innen urteilten nicht über die Substanz des Mietendeckels, sondern verneinten lediglich die Kompetenz des Landes Berlin für den Erlass öffentlich-rechtlicher Mietpreisgrenzen.

Ein solcher Bundesdeckel könnte verschiedene Formen annehmen. Denkbar wäre etwa eine Ermächtigungsklausel, die es Ländern und Kommunen erlaubt, eigene Mietendeckel einzuführen, angepasst an die örtlichen Gegebenheiten. Wichtig wäre zudem, dass ein Bundesdeckel die drei zentralen Elemente erlaubt, die auch in Berlin angewandt wurden: ein Mietenmoratorium, Obergrenzen und Absenkungen.

Eines dieser Elemente, das Moratorium, hat sich die im Frühjahr gestartete Kampagne »Mietenstopp« auf die Fahnen geschrieben. Getragen u. a. vom Mieterbund, dem DGB und der Münchner Initiative »#ausspekuliert« fordert die Kampagne, die Mieten bundesweit für sechs Jahre einzufrieren. Doch für ein wirkungsvolles Gesetz bräuchte es auch die anderen beiden Elemente: Preisobergrenzen und Absenkungen. Was aber schon jetzt klar ist: Trotz des fatalen Karlsruher Urteils geht die Mieter-*innenbewegung wieder in die Offensive.

**Jana Mattini** und **Thomas Fritz** engagieren sich in der Attac-AG Deprivatierung und der Attac-Projektgruppe Wohnen.

Quelle: verfassungsblog.de/formlos-verfassungsandernde-staatspraxis-und-gesetzesauslegung-nach-parlamentsrede

Menschen in Attac

# »Wenn nicht jetzt, wann dann?«




Foto: privat




Foto: attac.de

Anne Bergmann, 69, lebt in Euskirchen. Sie ist aktiv im Frauenplenum von Attac und Mitglied im Attac-Rat.

**Anne, du bist schon lange bei Attac und seit einiger Zeit beim Attac-Frauenplenum aktiv. Warst du immer schon ein politischer Mensch, oder wie bist du bei Attac gelandet?**
Politisiert wurde ich qua Familie, auch wenn mein Vater eher ein Rechter war. Ich bin ja in der damaligen DDR geboren; meine Eltern sind aus politischen Gründen geflüchtet, und ich wurde 1961 nachgeholt. Rund um die 68er-Zeit gingen dann die Auseinandersetzungen zwischen meinem Vater und mir los; ich hatte mich in eine andere Richtung entwickelt. Ich bin in die Gewerkschaft eingetreten und habe kulturelle, linke Gewerkschaftsarbeit gemacht. Ich merkte später, dass meine Tätigkeit als Beamtin nichts für mich war, habe das deshalb aufgegeben und lieber an der FH in Köln Sozialpädagogik studiert – bei einer wunderbaren Professorin, Maria Mies. Durch ihr beispielhaftes Engagement stieß ich auf Attac: Sie hatte 2003 federführend den Kongress »Frauen stoppt GATS« zum Dienstleistungsabkommen GATS organisiert, zu dem Frauen aus aller Welt kamen. Zu dem Zeitpunkt wurde ich dann auch Attac-Mitglied. Maria Mies gründete damals Feminist-Attac mit, das es leider schnell nicht mehr gab. Sie hat Feminismus hauptsächlich als sozialen Kampf der Frauen und für die Frauen verstanden, und diesen Ansatz teile ich.

**Nach dem Ende von Feminist-Attac gab es einige Zeit keinen feministischen Zusammenhang mehr in Attac, doch dann hat sich das Attac-Frauenplenum gegründet. Kannst du mir über dein Engagement dort etwas erzählen?**
Anlass für mich, im Frauenplenum einzusteigen, war der Weltfrauentag dieses Jahres. Ich habe nach einem Weg gesucht, wie ich trotz Corona zum 8. März aktiv werden kann, und das auf eine Art, die zu mir passt. Also habe ich mich in die Vorbereitung des Podiums von Attac zum Frauentag »Kämpfe und Erfolge von Frauen* in einer globalisierten Welt« eingebracht. Dafür konnte ich Ayten Kaplan gewinnen, die von feministischen Kämpfen im kurdischen Rojava erzählen konnte, und Khulan Ganbaatar, die in der Mongolei eine NGO gegen häusliche Gewalt gegründet hat. Diesen internationalen Weg, den wir mit dem Podium eingeschlagen haben, möchten wir weitergehen. Zum Tag der Gewalt gegen Frauen am 2. November planen wir deshalb jetzt ein weiteres internationales Podium – darauf freue ich mich.

**Euer Engagement wirkt auch ins Attac-Netzwerk hinein. Wie sehr braucht Attac so ein Frauenplenum?**
Das Frauenplenum ist nicht nur für die inhaltlichen Auseinandersetzungen untereinander wichtig. Ich merke auch, dass es für das gesamte Netzwerk notwendig ist, dass es dieses Frauenplenum gibt, damit bestimmte feministische Themen auch innerhalb von Gesamt-Attac diskutiert und geklärt werden. Diese Diskussionen sind notwendig, wenn wir gemeinsam Politik machen wollen. Eigentlich gehört das Frauenthema auf die erste Seite von Attac. Mensch sollte sofort leicht erkennen können, dass Attac sich mit diesen Themen – auch international – beschäftigt. Frauen sind ja von negativen Folgen der Globalisierung besonders betroffen.

**Hast du dafür ein Beispiel?**
In Asien sind Frauen sehr leicht für Billigstlohnarbeiten zu rekrutieren, weil sie zum Beispiel damit aus der Prostitution entkommen können, sie sich damit also selbst durch einen minimalen Lohn etwas Unabhängigkeit verschaffen. So werden sie damit einerseits ausgebeutet, ziehen aber andererseits für diese minimale Unabhängigkeit den Hass vieler Männer auf sich, der sich dann häufig in – manchmal auch tödlichen – Gewaltakten gegen Frauen entlädt. Die Ursachen dafür sind hier bei uns zu suchen: Wir kaufen die billigen Produkte; es ist ja auch systematisch gewünscht, dass das so bleibt. Es gibt weltweit wenig Interesse dafür, dass die armen Länder des Südens wirklich auf die Beine kommen. Sie bleiben abhängig von Großkonzernen, die dort produzieren lassen. Einige Konzerne betreiben etwas »Fair«- oder »Greenwashing«, aber an den grundsätzlichen Strukturen ändert sich gar nichts. Im Gegenteil, wir reichen Länder »brauchen« das: »Wärst du nicht arm, wär' ich nicht reich.«

**Seit dem vergangenen Ratschlag bist du jetzt auch Teil des Attac-Rats. Was hat dich dazu bewogen, in diesem Gremium mitzuarbeiten?**
Ich habe mich gar nicht von mir aus bemüht, bin aber aus dem Frauenplenum vorgeschlagen worden. Nach etwas Bedenkzeit – schaffe ich das? Ich habe doch so viel um die Ohren? – habe ich mir gedacht: Ja, das macht Sinn nach meinen Erfahrungen in Attac, aber auch in der »Seebrücke«. Und in meinem Alter kann ich auch auf einen großen Erfahrungsschatz zurückgreifen. Bei allen Differenzen finde ich Attac immer schon richtig gut und essenziell wichtig und einzigartig. Gremienarbeit ist für mich inzwischen auch angesagt. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Interview: **Jule Axmann**

einfach.umsteigen – klimagerechte Mobilität für alle!

# IAA-Proteste im September in München




Foto: Stephanie Handtmann

Vom 7. bis 12. September 2021 findet die Internationale Automobilausstellung (IAA) in München statt, und das nicht nur auf dem Messegelände, sondern auch gezielt an verschiedenen Orten in der Innenstadt als »Plattform für Mobilität«. Sie stellt E-Autos und Fahrräder auf Plätzen aus, richtet eine »Blue Lane«, eine Straßenspur ausschließlich für emissionsarme Fahrzeuge, ein und will so der Münchner Stadtgesellschaft ihr neues, angeblich klimafreundliches Gewand zeigen. Und auch die Stadt München hofiert die IAA: Zwar will sie einen »Mobilitätskongress« veranstalten und der Zivilgesellschaft dort Raum geben, allerdings in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Verband der Automobilindustrie (VDA) und der IAA – eine willkommene Legitimierung für die Autoindustrie, die Kritik ins Leere laufen lassen soll.

Dagegen ist ein Protest-Dreiklang geplant, mit einer Demonstration am 11. September, mit verschiedenen Aktionen und dem Gegenkongress »KonTra IAA«. Die Aktivitäten werden von unterschiedlichen Bündnissen getragen. Attac engagiert sich in allen drei Prozessen mit Schwerpunkt auf dem Gegenkongress.

Der »Kongress für transformative Mobilität – KonTra IAA« am 9./10. September soll Gegenpunkt zum Greenwashing der IAA sein. Das Motto »100% konzernfrei« grenzt den KonTra IAA dabei auch bewusst vom geplanten Mobilitätskongress der Stadt München und seiner engen Verzahnung mit der IAA und dem VDA ab. Denn eine sozial-ökologische Verkehrswende geht nur gegen die Macht der Autoindustrie!

Der KonTra IAA soll die inhaltliche Debatte über Ziele, Inhalte und Durchsetzungsmöglichkeiten der notwendigen Mobilitätswende voranbringen. Inhaltlich fußt der Kongress dabei auf drei Säulen:

- Konzepte für klima- und sozial gerechte Mobilität sowie Stadt- und Verkehrsplanung,
- Konversion der Autoindustrie aus nationaler und internationaler Perspektive, und
- Stand und Perspektive der Bewegung für eine Mobilitätswende von unten.

Der KonTra IAA ist noch als Präsenzveranstaltung geplant, kann je nach Entwicklung der Corona-Pandemie aber ganz oder teilweise online abgehalten werden.

Aktuelle Infos und neue Entwicklungen: attac.de/iaa-2021

Finanztransaktionssteuer

# Umsetzung statt weiterer Versprechen!




Foto: Luzia Schmincke

Die Finanztransaktionssteuer hat es schwer. Schon lange gefordert, vom Europaparlament sogar beschlossen, und immer noch nicht Wirklichkeit. Auch unser gegenwärtiger Bundesfinanzminister Olaf Scholz ist daran gescheitert, irgendeine Version davon europäische Realität werden zu lassen.

Andererseits ist diese Steuer auch nicht totzukriegen. Jetzt zu Wahlkampfzeiten fordert derselbe Minister, sie auf nationaler Ebene einzuführen. Er hat dabei aber nicht eine umfassende Finanztransaktionssteuer im Sinn, sondern eine simple Steuer auf Aktienumsätze. Diese gibt es in allen relevanten europäischen Staaten, und es gab sie auch in Deutschland unter dem Begriff Börsenumsatzsteuer, bis sie 1990 unter Helmut Kohl abgeschafft wurde. Diese nun geforderte Wiedereinführung ist nicht zu kritisieren, soll damit doch der Fehler der Abschaffung korrigiert werden.

Auch auf europäischer Ebene tut sich was; vielleicht hilft nun dabei der Geldmangel durch die Corona-Kosten weiter. Die gegenwärtige portugiesische Ratspräsidentschaft in der EU versucht jedenfalls, das Thema wiederzubeleben. Portugal spricht sich dafür aus, sich an den in Frankreich und Italien erprobten Modellen zu orientieren. Während Frankreich seit 2013 nur den Kauf und Verkauf von Aktien besteuert, werden im Falle Italiens auch Derivate eingeschlossen, wenn deren Basiswerte steuerpflichtige italienische Aktien sind. Mit den Einnahmen sollen dann die gegenwärtigen europäischen Kreditaufnahmen gegenfinanziert werden.

Klar ist aber, dass damit nicht die Forderung nach einer umfassenden Finanztransaktionssteuer erledigt ist. Eine Steuer, die diesem Namen gerecht werden will, muss alle Finanzprodukte umfassen, insbesondere die davon abgeleiteten Derivate und den Hochfrequenzhandel. Nur so besteht die Chance, den krisenhaften Finanzsektor zu stabilisieren.

Die aufkommende Diskussion um die Gegenfinanzierung der Krisenkosten muss jetzt genutzt werden, um über eine umfassende Finanztransaktionssteuer die finanzielle Beteiligung des Finanzsektors daran einzufordern.

**Alfred Eibl** ist aktiv in der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern.

Neu im Webshop

# EU-Mexiko – Alle Macht den...? Investoren!

**Eine Einführung in das EU-Mexiko-Handelsabkommen**

In Zusammenarbeit mit 15 weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, darunter auch Attac Deutschland, Frankreich und Österreich, hat Powershift die Broschüre »EU-Mexiko – Alle Macht den...? Investoren!« herausgegeben. Die Broschüre zeigt, dass sich die Situation der Menschen in Mexiko seit der Unterzeichnung des ersten EU-Mexiko-Abkommens im Jahr 2000 nicht verbessert, sondern zum Teil sogar verschlechtert hat. Vor allem die Menschenrechtslage in Mexiko ist prekär. Das ursprüngliche EU-Mexiko-Abkommen enthielt eine Menschenrechtsklausel, die nie angewendet wurde. Diese Klausel ist Augenwischerei: Trotz schwerster staatlicher Verstöße gegen den Schutz der Menschenrechte in den vergangenen Jahren wurden das Abkommen und die damit verbundenen Handelspräferenzen nie in Frage gestellt.
Die Broschüre nimmt eine Auswertung dessen vor, was das alte EU-Mexiko-Abkommen für das lateinamerikanische Land bedeutet hat und analysiert anschließend, was die Neuerungen im aktualisierten Handelsabkommen sind. Kritisch setzt sich das 36-seitige Infoheft mit den weiteren Zollsenkungen, der Öffnung des mexikanischen Beschaffungswesens und den Sonderklagerechten für Konzerne auseinander, um diese ins Verhältnis zu den Rechten zu setzen, die Menschen, Umwelt und Klima mit dem Abkommen erlangen.

Die anschauliche Einführung in ein Abkommen, das bislang nur wenig Aufmerksamkeit erfahren hat, kann gegen Übernahme der Versandkosten bei uns im Shop bestellt werden.

Bestellungen online unter attac.de/shop, telefonisch unter 069–900 281–10 oder per Fax an 069–900 281–99.




### Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:
Tel.: 069–900 281–10
E-Mail: info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung:
datenschutzbeauftragter@attac.de

## Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Judith Amler,
Jule Axmann, Frauke Distelrath,
Stephanie Handtmann, Achim Heier,
Hermann Mahler, Jana Mattert
V.i.S.d.P.: Stephanie Handtmann

## Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069–900 281–10
E-Mail: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN
Der $CO_2$-neutrale Versand mit der Deutschen Post

# Steuerschlupflöcher schließen, Krisenkosten finanzieren!

Der Schuldenstand des Bundes ist seit dem Beginn der Corona-Pandemie um 35 Prozent gestiegen; er ist so hoch wie nie zuvor, und ein Ende ist noch lange nicht in Sicht. Die Belastungen der Staatshaushalte werden zukünftig höchst problematisch, vor allem angesichts der dringend nötigen Investitionen in einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft (vgl. dazu auch Seite 5). Möchten wir zukünftigen Generationen einen bewohnbaren Planeten hinterlassen, auf dem sich ein gutes Leben führen lässt, ist diese Neuausrichtung dringend notwendig.
Die Tatsache, dass öffentlichen Budgets weltweit jährlich rund 427 Milliarden Dollar durch Steuerflucht verloren gehen, ist eine Stellschraube, an der zu drehen sich lohnen würde; nicht nur Krisenkosten könnten damit finanziert werden. Attac fordert seit seiner Gründung Steuergerechtigkeit und wirksame Maßnahmen gegen Steuerflucht – in Zeiten der Corona-Pandemie ist unser Engagement umso wichtiger, um zu verhindern, dass die Krisenlasten zu einer Sparpolitik auf Kosten der Menschen am unteren Ende der Einkommensskala führen.

**Stärke das Engagement von Attac deshalb jetzt mit einer Spende!**
Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. **Herzlichen Dank!**




Foto: Stephanie Handtmann

## Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. 2014 entzog das Finanzamt Attac die Gemeinnützigkeit mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Der Bundesfinanzhof hat diese Sichtweise in seiner Entscheidung vom Februar 2019 aufgegriffen und unsere Klage an die erste Instanz, die unsere Gemeinnützigkeit bestätigt hatte, zurückverwiesen. In der Verhandlung im Februar 2020 unterlag Attac; eine Revision wurde vom BFH im Januar 2021 abgelehnt. Wir haben Verfassungsbeschwerde eingereicht. Leider können wir keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

**SEPA-Überweisung/Zahlschein**

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

**Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.**

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN
DE57 4306 0967 0800 1008 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
GENODEM1GLS

**ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.**

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort
RBF2102

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE